

Dresdner Volkszeitung

Hausvertrieb: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Frangobrief monatlich 2.00 M. Durch den Postweg vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreise: die 7spaltige Normzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Zuerstverrechnung, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zählung). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflanzung zur Aufnahme an vergeblichen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Jr. 188a.

Dresden, Sonntag den 17. August 1919.

30. Jahrg.

Clawischer Widerstand gegen Habsburg.

Das Programm der ungarischen Regierung.

Zur Kabinettsbildung in Ungarn meldet das Ung. Teleg.-Börz. Büro, das einstweilen unbesetzte Kabinettsportefeuille haben der provisorische Ministerpräsident Stephan Friedrich selbst übernommen. Den Ministern ohne Portefeuille werden folgende Aufgaben übertragen: Stephan Haller wird die Propagandaangelegenheiten leiten. Johann Raper ist Minister der kleinen Landwirte. Außerdem wurde ein neues Portefeuille der industriellen Arbeiten errichtet. Dieses Portefeuille ist noch nicht besetzt. Die Geschäfte des Wirtschaftsministeriums wird bis zur Belegung des Portefeuilles der stellvertretende Staatssekretär Bela Terzi leiten. — Nach der Belegung der neuen Regierung begrüßte der Vertreter der neuen Minister und forderte sie im Interesse des Vaterlandes zu ausdauernder, hingebungsvoller Arbeit auf. Darauf gab Stephan Friedrich folgende Erklärung ab: Als Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen konnte sich endlich die Regierung konstituieren. Es ist natürlich, daß nicht alle Wünsche und Ansprüche befriedigt werden konnten. Für die organisierte Arbeiterschaft stehen drei Portefeuille zur Verfügung und es hängt nun bloß von ihr ab, ob sie an der Arbeit der Regierung zu beteiligen. Die organisierte Arbeiterschaft muß einsehen, daß sie nicht dazwischen kann, wenn die bürgerlichen Klassen in das Kabinettsdelegieren fallen. Andererseits ist es natürlich, daß auch die bürgerlichen Parteien und die Partei der Landwirte sich nicht in die Frage einmengen, wen die Arbeiter in das Kabinetts zu leiten wünschen. Der Minister des Äußeren Mottin Dova egy äußerte sich jedoch über die Aufnahme des Kabinetts folgendermaßen: Die Regierung betrachtet sich als provisorisch und wird nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung sofort dimittieren. Bis dahin wird sie es als wichtigste Aufgabe erachtet, die Ordnung, die persönliche und die Vermögenssicherheit herzustellen, damit die demnächst auszuführenden Wahlen für die Nationalversammlung in ruhiger Stimmung vor sich gehen. Die Regierung wird jeder extremen und übertriebenen Strömung entgegenzutreten, ebenso auch bolschewistischen Umtrieben, wie Rundgebungen der Reaktion und der konfessionellen Unzulänglichkeiten. In ihrer auswärtigen Politik erachtet die Regierung gute Beziehungen zur Entente für einen maßgebenden Gesichtspunkt, und ihr Hauptbestreben wird es sein, dem Lande möglichst bald einen befriedigenden Frieden zu beschaffen.

In dem andern Ländern der ehemaligen Habsburger Monarchie ruft Erzherzog Josephs Verweigerung sein Entschieden hervor. Raut Tempis hat die tschechische Delegation der Konferenz eine Note überreicht, die von den Alliierten verlangt, die Regierung des Erzherzogs Joseph nicht anzuerkennen, und erklärt, daß die Rückkehr der Donau-Habsburger zur Macht bei den Hohenzollern Hoffnungen erwecken und für die aus der Donaumonarchie erstandenen Länder eine ernsthafte Gefahr bedeuten könne. Die Note verlangt, daß in Ungarn eine Regierung gebildet werde, die aus dem österr. Elementen zusammengesetzt ist, den Frieden für Ungarn beschleunigen und sobald wie möglich zu allgemeinen Wahlen schreiten wird. — Auch die tschechischen Wahlen gegen den neuen Reichsverweser in Berlin ist förmlich Protest eingeleitet.

Einigungsverhandlungen in Schlessen.

Die Lage in Oberschlessen ist unverändert. Alle Betriebe liegen still infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter. Der Straßenverkehr ist eingestellt. Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Generalstreikbewegung in Oberschlessen umfaßt heute 200 000 streikende Arbeiter. In Anwesenheit des Staatskommissars Hörsing fanden Einigungsverhandlungen statt. Alle Gewerkschaften erklärten sich gegen den Streik. Der Staatskommissar hat angeordnet, daß nach den Lichtwerken Zaborske und Chorow je zwei Kompanien Militär beordert werden, die die Lichtwerke wieder in Kraft setzen. Soweit die Arbeiterschaft ihren Dienst begonnen hat, wird das Militär zurückgezogen.

Zeit Sonnabend nachmittags 3 Uhr sind die obererschlessischen Licht- und Kraftwerke von Chorow und Zaborske wieder in Betrieb. Der Ausstand geht indessen noch weiter. Die Lichtwerke werden von Genietruppen bedient. Es ist jedoch begründete Aussicht vorhanden, daß der Streik als solcher selbst in kürzester Zeit beendet sein wird und daß die Regierung in die Lage versetzt wird, die Truppen von den Lichtwerken zurückzuziehen. Auch in den Ausständen auf den Bergwerken und Hüttenbetrieben, der augenblicklich fast unbeeinträchtigt weitergeht, macht sich bei der Arbeiterschaft mehr oder weniger Kohlenquantum verweigert.

In Warschau kam es bei der Lohnzahlung auf der Warschauer Grube zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Streikenden, wobei leider vier Tote und vier Verwundete zu beklagen sind.

Die Kohlenlieferungen für die bayerische Industrie sind seit dem 1. Juli um 75 Prozent hinter den Lieferungen des Vorjahres zurückgeblieben. Die bayerischen Staatsbahnen sind immer nur für höchstens fünf Tage mit dem erforderlichen Kohlenquantum versorgt.

Comme libre schreibt, daß im Saargebiet ein wildes Streikwetter der Bergarbeiter verheert wurde. Für den Fall eines Streiks wurde die Militarisierung des Saargebietes angedroht.

Der drohende Kampf im Ruhrbergbau beilegt.

Im Ruhrbergbau hatte es den Anschein, als ob es zu einem neuen Generalstreik kommen sollte. Diesmal war es das Maschinen- und Kesselpersonal, das um seine rechtliche Anerkennung und einen Lohnausgleich sich zum Kampf rüstete. Erstückerweise gelang es in letzter Stunde zu einer Verständigung zwischen dem Besenverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Geiger zu gelangen. Nach recht langwierigen Verhandlungen erklärte sich der Besenverband bereit, den Zentralverband der Maschinen- und Geiger als Vertragskontrahenten bei der Regelung der Lohnverhältnisse des Maschinen- und Kesselpersonals im Vergleich anzuerkennen. Bei der Regulierung der Löhne und dem Ausgleich der großen Lohnschwankungen wurde eine Einigung herbeigeführt, die innerhalb 14 Tagen ein Tarifvertrag für den gesamten Ruhrbergbau zum Abschluß gebracht werden sollte.

In einer am 12. August in Essen tagenden Rekonferenz des Zentralverbandes der Maschinen- und Geiger, die von 159 Schichtarbeitern durch 236 Delegierte besucht war, wurde nach eingehender Debatte die Annahme des Angebots beschlossen.

Diese Bewegung hat für das Maschinen- und Kesselpersonal grundsätzliche Bedeutung. Bisher stand der Besenverband auf dem Standpunkt, nur die vier Bergarbeiterverbände als Vertreter der Gesamt-Bergarbeiterchaft anzuerkennen. Diesen grundsätzlichen Standpunkt mußte er nun für die Maschinen- und Kesselpersonal aufgeben. Der große Zuwachs an Mitgliedern im Zentralverband der Maschinen- und Geiger, der in den letzten Tagen mehrere Tausend betrug, legt davon Zeugnis ab, daß die Maschinenisten erkannt haben, daß dieser Zentralverband ihr wahrer Sachwalter ist.

Untersuchung der Lage der Bergarbeiter.

In den letzten Wochen des Ausdauers zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau, an denen auch fünf Bergleute im Ruhrbezirk teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß sich der Gesundheitszustand im Ruhrbergbau im allgemeinen gebessert und auch die bisher eingetretene Minderung der Arbeitszeit von 8 1/2 auf 7 Stunden gänzlich gewirkt hat. Eine sehr lange Erörterung entspann sich über die Frage der Lebensbeschäftigung der Bergarbeiter, wobei sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer das Wort ergreifen. Ganz besonders erregte wurde die Frage, ob vom rein gesundheitlichen Standpunkte aus eine weitere Vergrößerung der Arbeitszeit notwendig sei. Von einem Arbeitnehmer wurde betont, daß eine weitere Vergrößerung lebensverlängernd wirkt und außerdem eine gesteigerte Leistung der Bergarbeiter ermöglichen werde. Die Frage gab zu, daß eine weitere Vergrößerung unstrittig eine vorteilhafte Wirkung habe, aber aber diese Forderung mit gesundheitlichen Gründen allein nicht belegt werden könne. Im Anschluß daran wurde nach der Ansicht ausgesprochen, daß die Lebensmittellieferung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, namentlich die Fettversorgung, gesteigert werden solle. Sodann wurden die wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkte geteilt.

Landarbeiterzustand im Harz.

Die Landarbeiter des Kreises Blankenburg am Harz sind, wie das Blankenburger Kreisblatt berichtet, am Freitag in den Ausstand getreten. Sie fordern höhere Löhne und Einführung eines Tarifs.

Die Gefahr eines belgischen Verkehrsstreiks.

Nach einer Meldung des Weiti Parissen aus Brüssel ist die Gefahr des Verkehrsstreiks noch nicht beseitigt. Das Telegramm schließt mit den Worten: Der Streik wird morgen beginnen, wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung erfolgt. Das Syndikat versichert, es handle sich um einen reinen Lohnstreik. Es verweigert die Aufrechterhaltung der Verpflegung und den Schutz des Eigentums. An dem Ausstand beteiligt sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten von Eisenbahn, Post, Telegraph, Telefon und Schifffahrt.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Von Hermann Rahmann.

Deutschland ist arm, arm an Geld, an Rohstoffen, und besonders arm an Kohle. Könnten wir, wie 1913, unsern eignen Bedarf decken und noch 30 Millionen Tonnen Steinkohle ausführen, dann stünde es um das deutsche Wirtschaftsleben leidlich gut, und die Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, würden bald heilen.

Aber mit einer starken Kohlenausfuhr ist auf viele Jahre nicht zu rechnen, denn erstens sind uns wichtige Kohlengebiete durch den Friedensvertrag verloren gegangen, zweitens haben wir beträchtliche Kohlenmengen an die siegreichen Staaten zu liefern, und drittens ist die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaues durch mancherlei Faktoren erheblich zurückgegangen. Diesen großen volkswirtschaftlichen Schäden gilt es nach Möglichkeit zu mildern, und diesem Zwecke dient in erster Linie der Nationalvertrag, der die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vorseht.

Sozialisieren heißt voraus: Die Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes überführen. Der Zweck ist: An Volkstrust und Nationalvermögen bei der Produktion möglichst wenig aufzuwenden und die Leistungen zum Nutzen des Volkes auf den höchsten Grad steigern.

Die zweckmäßigste Ausnutzung der im Deutschen Reich vorhandenen Elektrizitätswerke, deren Zahl nach 4000 beträgt, war und ist nicht möglich, solange Reichs-, Staats-, Kommunal- und privatkapitalistische Betriebe nebeneinander im Wettbewerb liegen. Auf dem Gebiet der Stromerzeugung und Stromverteilung besteht nämlich ein buntes Durcheinander, das den Nachteil erheblicher Verschwendung von Kapitalien, Menschenkraft und Kohle deutlich aufweist. Die Großwerke, die zahlenmäßig nur zwei Prozent ausmachen, beliefern 60 Prozent aller mit elektrischer Energie versorgten Gemeinden; sie liefern 74 Prozent des Stromes und sind imstande, auch den Rest des jetzigen Bedarfs abzugeben. Schon daraus ergibt sich, daß bei zweckmäßiger Ausnutzung der Großwerke erheblich an Betriebskosten und vor allem an Kohlen gespart werden könnte. In dieses bunte Durcheinander soll und muß durch ein Reichsgesetz System gebracht werden.

Die Vorlage sieht nicht die Sozialisierung aller Leistungsträger und Werke vor, sondern sie beschränkt sich zunächst darauf, die Hochspannungsleitungen mit über 50 000 Volt, die den privaten Unternehmern zugehörenden Rechte zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr und die privaten Werke, zu denen auch die gemischtwirtschaftlichen zählen, mit einer Leistung von über 5000 Kilowatt gegen angemessene Entschädigung in Reichseigentum zu übernehmen. Rest, als 97 Prozent aller Werke verbleiben danach zunächst Privaten, Gemeinden, Gemeindeverbänden und den Staaten.

Die Sozialisierung der Werke ist aber auch nicht als Hauptzweck der Vorlage zu betrachten. Sollte sie unfaßbar erfolgen, so bedürfte das einer viele Jahre dauernden Arbeit, denn die Elektrizitätswerke sind sehr häufig mit andern Industrieanlagen eng verbunden und die Verlegung der Werke, die Regelung der Abfindung der Privatbesitzer und der Gemeinden stellt finanziell und technisch Forderungen auf. Das Gesetz begreift in erster Linie volkswirtschaftliche Vorteile. Die Elektrifizierung des ganzen Reiches soll nach einheitlichem Plane, unter vollster Ausnutzung der gewonnenen Wasserkraften des deutschen Südens und der bedeutenden Braunkohlenlager Mitteldeutschlands erfolgen. Der Plan an Menschenkräften, der erst recht in die Erscheinung treten wird, wenn die Krise im Wirtschaftsleben sich zu heben beginnt, soll in Industrie und Landwirtschaft durch elektrisch betriebene Maschinen ausgeglichen werden. Dadurch wächst die Konkurrenzkraft der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und die Landwirtschaft wird davon bewahrt, Massen ausländischer Arbeiter heranzuziehen zu müssen.

Eine solche großzügige Aufgabe kann weder von privaten Gesellschaften, noch von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Ländern gelöst werden. Das kann nur geschehen vom Reich, dem dazu alle Macht und Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Rechtlich wie beim deutschen Eisenbahngesetz plant die Reichsregierung, in Deutschland ein Staatsmonopol zu ziehen, das die Energieüberschüsse von allen Großwerken aufnimmt. Dadurch kann es die Erzeugung wie auch die Verteilung des Stromes regeln. Vorgehen ist nicht das Recht der Preisregulierung, die ein unbedingtes Erfordernis ist. Wenn es auch unmöglich ist, einen einheitlichen Tarif, ähnlich dem der Eisenbahn, aufzustellen, so wird es wohl möglich sein, die äußerst günstig arbeitenden Großwerke zur Entlastung der weniger günstig arbeitenden mit heranzuziehen. Die Vorlage räumt dem Reich das Recht ein, auch kleinere Werke aus Zweckmäßigkeitsgründen zu übernehmen, und wir Sozialdemokraten können nur wünschen, daß es häufig von dem Reich Gebrauch macht. Nur beratenden Mitwirkung bei Angelegenheiten der ReichsElektrizitätswirtschaft wird ein Beirat berufen, in dem die Länder Sitz und Stimme haben. Es ist selbstverständlich, daß in diesen Beirat